

Hinweise für Volksaufklärer

Was bei der Lobpreisung glorreicher Jubiläen zu beachten ist

Die Große Deutsche Freiheitliche und Friedliche Revolution (GDFFR) begeht in diesem und im nächsten Jahr ihr 20. Jubiläum. Damit ist eine Reihe von Erinnerungstagen verbunden, besonders die Öffnung der Staatsgrenze (im gleichgeschalteten Jargon auch „Mauerfall“ genannt) am 9. November 1989 und die laut Kohl „erste wirklich freie und direkte Wahl in der DDR“ am 18. März 1990. Das Ganze krönt die Einverleibung dieses Staates durch die BRD am 3. Oktober 1990. Das Katastrophendatum wird auch als „Tag der deutschen Einheit“ ausgegeben. Alle drei Termine werfen ihre Schatten voraus und verlangen stabsmäßige Planung sowie konzertierte Anstrengungen der Ämter, Ministerien und Redaktionsstuben des Bundes und der Länder. Ich bin sicher, daß man keine Mittel und Mühen scheuen wird, um eine perfekte Gehirnwäsche sicherzustellen. Dabei soll nicht verschwiegen werden, daß so manche Unwägbarkeiten lauern. Deshalb will ich den Damen und Herren Volksaufklärern einige Vorschläge unterbreiten, wie man die kitschige Jubiläumsfrage angehen und was man tunlichst vermeiden sollte.

Zur Sache:

Erstens ist unbedingt an der These festzuhalten, daß dem 3. Oktober 1990 eine Revolution vorausging, auch wenn der soziale Inhalt des Geschehens die Anwendung dieses Begriffs völlig ausschließt. Denn eine Revolution hat stets historischen Fortschritt - vom Volk getragen und dessen Interessen dienend - zur Voraussetzung. Hier liegen ja gediegene Erfahrungen vor. Man sollte daran denken, daß oftmals ein progressiv belegter Terminus - und zwar nicht ohne Wirkung auf das Geschichtsbewußtsein und die Schaffung reaktionärer Identitäten - in sein Gegenteil verkehrt worden ist. Hatte nicht Goebbels den 30. Januar 1933, den Tag des Machtantritts der Faschisten, eine „nationale Revolution“ genannt, was fest im Bewußtsein der Mehrheit der Deutschen dieser Generation verankert wurde? Zweitens wird man den Kohl - Mythos weiter zu verfestigen haben, dieser Kanzler gehöre neben Bismarck und Adenauer in die Reihe der drei größten Regierungschefs deutscher Geschichte. Und zwar als „Kanzler der Einheit“. Träfe das durchaus auf Bismarck zu, den Engels als Revolutionär „von oben“ charakterisierte, wenn auch das Reich mit „Blut und Eisen“ geschaffen wurde, so dürfte es mit Adenauer sehr viel schwieriger sein. Immerhin war er schon in jungen Jahren ein überzeugter Separatist, der später zielstrebig die West-Einbindung der BRD vorantrieb und zu Recht als Spalter Deutschlands bezeichnet wird. Das bestreiten nicht einmal ernstzunehmende konservative Historiker. Also müßte man diese Tatsache, wie überhaupt die gesamte imperialistische Restauration und die Frühgeschichte der Westzonen bzw. der BRD ersatzlos streichen. Was ja auch, zumindest in den Medien, längst geschehen ist. Man weiß, warum: Zuviel Peinliches käme ans Licht. Zum Beispiel die braunen Wurzeln tonangebender Politiker, Ideologen, Militärs, Geheimdienstexperten und Polizeioberer ins Bewußtsein zu heben, würde wenig Sinn machen. Stattdessen sollte man den klugen Satz unserer Kanzlerin, die BRD sei „von Anfang an demokratisch und entsprechend legitimiert“ gewesen, bei jeder Gelegenheit wiederholen. Geschickt verpackt, vielleicht umkränzt mit geeigneten Sprüchen Gaucks und Birthlers, wird das schon klappen. Es gilt um jeden Preis an der absolut glaubwürdigen These festzuhalten, die bundesdeutschen Politiker und Ökonomen seien „gänzlich unvorbereitet in die Einheit des Landes gegangen“. Seit fast 20 Jahren wird das gebetsmühlenartig durch alle Parteien - von der CDU bis zur „Linken“ - wiederholt. Die Tatsachen lassen etwas ganz anderes erkennen. Man muß nur an das Wirken des berüchtigten

„Forschungsbeirats für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands" erinnern. Bereits 1952 gegründet, wurde er bald darauf in sieben Ausschüsse und 35 Arbeitsgruppen unterteilt. Zu den Mitgliedern dieses illustren Gremiums zählten Vertreter des Bundesverbandes der Industrie, der Interessengemeinschaft in der Zone enteigneter Betriebe - IOB, der Deutschen Bundesbank, Staats- und Wirtschaftswissenschaftler, Spitzenvertreter der Bundestagsparteien und Beauftragte der Regierung. Vorsitzender wurde kein anderer als der große Demokrat Dr. Friedrich Ernst. Auf ihn war man nicht zufällig verfallen: Dieser Mann besaß Erfahrungen und wies wie kein anderer Verdienste auf. Schließlich hatte ihn Hitler schon 1935 zum Reichskommissar für das Deutsche Kreditwesen ernannt. 1939 nahm er die nächste Sprosse in der Karriereleiter: Er wurde „Reichskommissar für die Verwaltung des feindlichen Vermögens" in den von Hitlerdeutschland okkupierten Ostgebieten. Mit anderen Worten: Koordinator für die Ausplünderung der Überfallenen Länder. Auf diesem Posten stand er bis 1941, um anschließend an der Formulierung der Grundsätze des „Wirtschaftsstabes Ost" mitzuwirken, die nach dem Überfall auf die UdSSR in Kraft traten. Damit hatte Adenauer mit sicherem Blick den richtigen Spezialisten gefunden. Unter Führung von Ernst und seinen Nachfolgern wurde eine Vielzahl von Detailplänen zur Liquidierung der DDR ausgearbeitet. In deren Mittelpunkt standen die Rückverwandlung der Eigentumsverhältnisse an den wichtigsten Produktionsmitteln in Stadt und Land sowie die Wiedereinführung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Selbst die „Einsetzung von Treuhändern" bis hin zu deren Befugnissen spielten eine Rolle. Bereits 1964 war die Umwandlung der LPGs in „Übergangsgenossenschaften" und deren anschließende Auflösung beschlossene Sache.

Auch eine „Währungsumstellung" wurde schon damals ins Auge gefaßt. Sie betraf u. a. Löhne, Gehälter und Renten. Kurzum: Die Macht - und Eigentumsstrukturen der DDR standen restlos zur Disposition.

Also, Ihr Schreiber, Redenverfasser und Talkshow - Dresseure, seid gefälligst nicht zimperlich, wenn Ihr den großen Jahrestag hochjubelt.

Ein Wort noch zur „Treuhand": Auch hier kann es für die Ausdeuter der „friedlichen Revolution" durchaus ungemütlich werden, sprechen doch die Tatsachen für sich. Wenn etwa vier Fünftel des Aktenmaterials der „Treuhänder" unter rigorosem Verschluß liegen, bleiben immer noch 20 % übrig, die ausreichen, um die Treuhandgesellschaft als kriminelle Vereinigung im durchaus strafrechtlichen Sinne zu betrachten. Ihr Wüten schließt das Attribut „friedlich" bei der Charakterisierung der GDFFR (siehe oben) grundsätzlich aus. Das Gegenteil wird sichtbar: Die Treuhand war das Hauptinstrument dieser sogenannten Revolution. In kurzer Zeit stahlen „Aufbauhelfer-Ost", „Sanierer", „Enteigner" und andere Wirtschaftskriminelle das Kollektiveigentum von 16 Millionen DDR-Bürgern durch Privatisierung. In der Frist eines Steinwurfs der Geschichte wurde ein vormals moderner Industriestaat seiner ökonomischen Basis beraubt. Die Wiederherstellung früherer Gesellschaftsverhältnisse ist im Sinne der marxistischen Klassiker aber eine Konterrevolution.

Rolf Hochhuth hat in seinem Stück „Wessis in Weimar" das Geschehen als Variante des Kolonialismus bezeichnet, „wie er nirgendwo gegen Menschen des eigenen Kontinents, geschweige denn des eigenen Volkes je praktiziert wurde". 1975 war übrigens der zuvor erwähnte „Forschungsbeirat" auf Drängen der UdSSR aufgelöst worden. Das geschah zu einem Zeitpunkt, als die bis dahin gültige Strategie des „Zurückrollens des Kommunismus" durch die Konzeption „Wandel durch Annäherung" abgelöst wurde. Das Ziel blieb gleich. Damit bestanden die

Grundelemente des Plans einer GDFFR natürlich unverändert weiter, wenn sich auch andere internationale Bedingungen eingestellt hatten. Die DDR war inzwischen von den meisten Staaten diplomatisch anerkannt und Mitglied der UNO. Das machte die Sache der Bonner „Revolutionäre“, die den sozialistischen deutschen Staat sturmreif schießen wollten, nicht leichter.

Auch im Zusammenhang mit dem im nächsten Jahr anstehenden Jubiläum der Wahlen vom 18. März 1990 haben die Propagandisten der gleichgeschalteten Medien einiges in Betracht zu ziehen. Erinnerung sei an Kohls Worte im Westberliner Gästehaus der Bundesregierung unmittelbar nach dem Sieg des Wahlbündnisses der bereits verstümmelten Ost-CDU und ihrer nahestehender Gruppierungen (Stimmenanteil: 47,79 %): „Die Ereignisse in der DDR - wohl die friedlichste Revolution in der Geschichte der Deutschen - haben es möglich gemacht, daß es zu dieser freien Wahl kam.“

Ein solcher Satz, das sei nachdrücklich unterstrichen, darf in keinem Artikel, keiner Rede, keiner Sendung dieses Jahres fehlen. Bei anderen Kanzlersätzen ist indes eher Vorsicht geboten. Ich meine z. B. Kohls Worte, die er am 20. Februar 1990 auf dem Erfurter Domplatz gebrauchte: „... und gemeinsam mit Ihnen werden wir hier in kurzer Zeit ein blühendes Land schaffen“.

Freilich, diese Aussage ging damals in geneigte Ohren. Mit dem „blühenden Land“ haperte es gehörig, denn auch nach fast zwei Jahrzehnten ist eine deutliche Mehrheit der Ostdeutschen mit den Ergebnissen unzufrieden. Also besser kein Rückgriff auf Kohls Ansprache, die seinerzeit den Wahlkämpfern der „Allianz für Deutschland“ als „Musterrede“ diente. Das Thema ist zu heikel. Doch wie auch immer: Der überwiegende Teil der Ostdeutschen glaubte wohl mit seinem Bekenntnis zum sozialen Besitzstand der DDR auch noch die Wohltaten der bundesrepublikanischen Marktwirtschaft einzuheimen. Ein kapitaler Irrtum, wie sich schon bald zeigte. Doch waren die Märzahlen 1990 tatsächlich so demokratisch und frei, wie die Standardphrase verkündet? Modrows Regierung, daran sei erinnert, hatte gemeinsam mit dem „Runden Tisch“ unter Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht jedes Volkes gefordert, daß keine BRD - Politiker am Wahlkampf in der DDR teilnehmen dürften. Man bedenke, daß dieser Staat damals noch souverän war und daß die Nichteinmischung äußerer Kräfte in interne Wahlvorgänge als integrierender Bestandteil demokratischer Wahlen galt. Das ist bis heute so. Aber was geschah? CDU/CSU, SPD und FDP schlugen dieses Gebot in den Wind. Was Kohl als freie Wahl ausgab und der sächsische Staatsminister Geißler gar den „Tag der Freiheit“ nannte, bezeichnete der Antikommunist Egon Bahr als die „schmutzigsten Wahlen, die (er) je in seinem Leben beobachtet“ habe. Und damit hatte dieser Spitzenpolitiker der SPD durchaus recht. Denn eine nicht mehr zu überblickende Schar, besser Horde, von „Wahlkämpfern“ aus der BRD, bekannte und namenlose, fiel in die DDR ein und wurde von solchen dubiosen Gestalten wie Schnur, Ebeling, Krause und de Maiziere wohlwollend begrüßt. Wer erinnert sich noch an die drei Erstgenannten? Schnur wurde wie Krause später kriminell. Ebeling, Chef der ostdeutschen CSU-Variante DSU, tauchte bald in der CDU ab und wurde - wie übrigens auch de Maiziere - nicht länger benötigt. An einem einzigen Tag, dem 14. März 1990, waren folgende prominente Wahlkämpfer in der DDR eingesetzt: Kohl in Leipzig, Graf Lambsdorff in Eisenhüttenstadt, Späth in Görlitz und Genscher in Zwickau. Diese Aufzählung ist höchst unvollständig. Besonders Ebeling, Pfarrer an der Leipziger Thomaskirche, drängte in die Geschichtsbücher, käme er doch, wie er auf dem CSU - Wahlparteitag in der Passauer Nibelungenhalle verkündete, „aus der leider noch existierenden DDR“. Tage zuvor hatte er seine bayerischen Gäste -unter ihnen Waigel - in Leipzig

begrüßt. Ebeling krönte den BRD - Finanzminister gleichsam zum Ersatzpapst, indem er ihn anflehte: „Helft uns, der Sohn wird den Rat des Vaters annehmen.“ Mit den Rednern der Westparteien wurden Wahlkampfmittel in Millionenhöhe angelandet. Und auch die BRD - Ministerien und Stiftungen ließen sich nicht lumpen. Hunderttausende Winkelemente, Fähnchen, Kugelschreiber und anderes Dekor gab es ebenso wie kostenlose Ausfahrten mit Pferdekutschen oder stramme Reden von „Freiheit statt Sozialismus“ nebst Kaffee und Kuchen. Allein der Henkel - Konzern schickte 2,5 Tonnen 1a-Leim, damit die Wahlplakate der Schwarzen auch hafteten. Damit wurden indes vor allem die DDR - Bürger geleimt. Also, Ihr Propagandisten des Jubiläumsjahres: Vergeßt nicht, den selbstlosen Wahlhelfern von einst goldene Lorbeerkränze zu winden. Und noch eins: Von Einmischung und Völkerrechtsbruch kein Wort! Niemand darf uns die Festtagslaune vermiesen! Laßt die Sektkorken knallen!

Dr. Peter Fisc